

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst Frauen- und Jugendbeilage einschließt. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 1465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expeditions: Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Verkaufszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimonatlicher Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

r. 227.

Dresden, Freitag den 1. Oktober 1909.

20. Jahrg.

Einzelsozialismus und Demokratie.

Der Verein für Sozialpolitik, der diese Woche Generalversammlung in Wien abhielt, ist kein politischer; es stehen keine Partei und keine Klassen hinter das feine unmittelbare Einfließen auf das soziale Werden, seinen Tagungen kommen die verschiedensten Anschauungen zum Ausdruck, weil sich unter seinen Mitgliedern Angehörige fast aller Richtungen befinden. Die Beschlüsse über seinen Willen war sehr oft wenig fruchtbar. Aber in der Tat hat die Tagung des Vereins für Sozialpolitik doch eine bedeutende und bewillkommene Werte hervorgebracht. Vor 15 und auch noch vor 10 Jahren Deutschland von dem, was man den *Kommunalismus* nennt, noch wenig vorhanden. Seit dieser Zeit sind die kommunalen Betriebe in allen Städten entstanden, im Grunde der Verhältnisse und der sozialistischen Bewegung hat die moderne Kommunalpolitik entwickelt und die kommunale Sozialpolitik in den Vordergrund des öffentlichen Interesses. Der Verein für Sozialpolitik hat einige seiner Mitglieder veranlaßt, diesen sozialen Werdens zu folgen und die bisherigen Ergebnisse festzustellen. Das Resultat dieser Arbeit legten die Herren *Fuchs* und *Rombert* der Generalversammlung in Wien vor. Die Beschlüsse der Tagung mußten übereinstimmend — auch wenn im einzelnen ihre Anschauungen ausgingen — daß diese Entwicklung, der zweifellos eine wichtige Tendenz inneohnt, ein Kulturförderung ist, und daß die dringende Notwendigkeit vorliegt, auf wirtschaftlichen, politischen und kapitalistischen Hindernisse im Wege stehen. In Einzelfragen gingen freilich die Meinungen weit auseinander; immerhin, wenn er auch Widerstand leistet, so wird doch auch der Teil der Ausführungen des *Rombert* nicht ohne Eindruck bleiben, in dem er behauptet, daß die städtischen Arbeiter noch schlechter gestellt seien als die Arbeiter in den Privatbetrieben und daß ein Streik der Arbeiter eventuell notwendig, fittlich, eine Kultur-

Herr v. Thiel ist uns ein Kronzeuge für die Reformbedürftigkeit des norddeutschen Wahlrechts, weil er in einem Artikel alt geworden ist, das dem Einbringen moderner Gedanken den denkbar größten Widerstand entgegensetzt. Darum sagen wir: wenn logar ein preussischer Wahlrechtsminister, der einflussreichste Beamte des Landesverwaltungsministeriums, die Notwendigkeit eintritt, zu einem „ordentlichen Wahlrecht“ zu kommen, so ist das ein gutes Zeichen für die fortwährende Kraft der preussischen Wahlrechtsbewegung, und wir erkennen gern den Fortschritt der Erkenntnis an, der gemacht wurde seit jener gar nicht so fernem Zeit, in der die sozialdemokratische Presse mit ihren Aufforderungen zum Kampf gegen die Klassenwahlrechte noch eine Russe in der Wüste war.

Die Demokratie ist aber auch wirklich das einzige Rettungsmittel gegen die Gefahren der Bürokratisierung, von denen Alfred Weber so bereit gesprochen. Heute betrachten die besitzenden Klassen den Staat, die Stadtgemeinde und die gesamte Beamtenhierarchie als ihre Angestellten, ihre Bediensteten, sie züchten Gehörungsflügel und devote Streber, sie schaffen jene Atmosphäre, in der der Charaktervolle Mann — wie es der Fall des Bürgermeisters Schilling wieder aus eindrucklichste gezeugt hat — nicht existieren kann. Schilling ist von dieser autoritären, stolzen Bürokratie gemartert worden. Wegen die Beamten sind ihre Angehörigen, ihre Ehre, ihr Freiheitsgefühl, ihre geistige Selbstständigkeit erdrückenden Mächte erhaben! Aber die sichere Garantie gegen die Züchtung eines volks- und freiheitsfeindlichen Bürokratismus, das ist wirklich nur die Demokratisierung der einzelstaatlichen und gemeinlichen Wahlrechte. Nur wenn die Demokratie in Staat und Stadt triumphiert, wird der Beamtenapparat nicht mehr eine dem Volk gegenüberüberhebende, autoritäre und in sich geistig verflämmernde Macht bedeuten; dann wird das Beamtenamt ein mit dem Volk lebender, dauernd durch junge Kräfte erneuerter und aufgeschärfter Organismus sein, kein Sonderorganismus, sondern ein lebendiger Teil des großen lebendigen Volksorganismus.

An der diesjährigen Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik haben auch reichsdeutsche und österreichische Sozialdemokraten teilgenommen, und die Vertreter der Gemeinbediensteten haben wiederholt und ausführlich das Wort genommen. Wenn der Verein für Sozialpolitik auch ferngerin der praktischen Sozialpolitik in der Weise theoretisch dienen will, wie in diesem Jahre, wird er wohl auch zukünftig die Praktiker der Sozialpolitik, sozialdemokratische Arbeiter, bei sich sehen, um von ihnen zu erfahren, wie die Wirklichkeit aussieht. Daß dies nichts Schaden, sondern von Nutzen sein kann, hat das diesjährige Beispiel gezeigt.

Generalstreik und Straßenkampf.

Von unserem Korrespondenten.

Wien, 28. September.

Die Arbeiter von Trient und Roveredo haben gestern den angekündigten Generalstreik durchgeführt. Die Ursache ist einfach. Die Polizei in Trient hatte in ihrem blindwütigen Eifer nach Hochverrätern auch den Sozialdemokraten *Ruffolini*, Redakteur des *Popolo* und des *Arbeiter* der *Lavoratore*, verhaftet, weil sich ein Brief von ihm in der Redaktion eines irrendenitalischen Blattes gefunden hatte. Die Untersuchung ergab, was von vornherein selbstverständlich war, daß *Ruffolini* mit der — angeblichen — Komplottfuge nichts zu tun hatte. Aber da *Ruffolini* ein Ausländer ist (ein „Reichsitaliener“, wie man nach Analogie des Ausdrucks „Reichsdeutscher“ die Italiener aus dem Königreich nennt), wurde gegen ihn die Ausweisung verfügt, unter dem Vorwande, daß er durch Uebersendung einer konfiszierter Nummer des *Popolo* sich der Verbreitung verbotener Druckschriften schuldig gemacht habe. Es ist mir interessant, daß das Trienter Gericht sofort die Freilassung *Ruffolinis* beschlossen hatte, diese aber auf Anordnung aus Innsbruck unterblieb, daß das Gericht darauf *Ruffolini* des nicht begangenen Verbrechens freisprach und wiederum seine Freilassung anordnete. Aber auf Einspruch des Staatsanwalts blieb *Ruffolini* in Haft und trotz des Gerichtsbeschlusses, trotz der an das Ministerium gerichteten Beschwerde wurde das Ausweisungsbefehl in Vollzug gesetzt, *Ruffolini* gewaltsam über die Grenze geschafft. Der schamlose Uebergang der Polizei wurde von den Arbeitern als blutige Provokation aufgefaßt und sie beantworteten ihn mit der Proklamation des Generalstreiks, der in Trient und Roveredo sofort zur Ausführung kam. Da auch die bürgerliche Bevölkerung von Welschtirol durch die ewigen Drangsalierungen der Behörden, die in ihrer bößwilligen Irredentistenfurie einen förmlichen Ausnahmezustand über das Land verhängt haben, tief erbittert ist, schlossen sich die Geschäftslente dem Streik an. Alle Arbeit wurde eingestellt, selbst die in den Elektrizitäts- und Gaswerken, die Geschäftskläden der Stadt wurden gesperrt, die Zeitungen erschienen gestern und heute nicht.

Welche Weisheit der österreichischen Regierung, eine solche Einmütigkeit des Hasses zu erzeugen in einem Gebiete, das nach ihrer Meinung von der Abfallbewegung bedroht ist! Allein die österreichische Verwaltung verhält allmählich durch Demagogie und Einflüsse der Politik völlig in Demo-

ralisation, und die Gerichte folgen der Verwaltung nach. Der Ausländer ist vogelfrei, sofern er Sozialdemokrat ist; aber wie ein Reichsdeutscher ungestrast die Wiener Hauptwirthschaftlichen Standale inszeniert, so bereisen nicht minder ungehindert panslawistische Emisäre die tschechischen und südslawischen Gebiete und gründen Solovereine, denn für diese sehen sich die Volkshäupter der betreffenden Staaten ein, oder die Führer von Parteien, die gerade die Mehrheit der Regierung bilden. Unter Wienerh ist das System auf seine Höhe gekommen. Wir haben vor Monatsfrist gemeldet, daß einige Arbeiter in *Utsch* zu mehrmonatigen Kerkerstrafen verurteilt wurden, weil sie drei Fensterheben in einer Fabrik zertrümmert hatten, aus der von Streikbrechern gegen sie Flaschen und Köpfe geschleudert worden waren. Dagegen wurden in derselben Stadt, vor demselben Gericht deutschnationale Demonstranten, die das Haus des Steuerbeamten *Wagner*, der sich durch seinen Kampf gegen die Steuerhinterzieher mißliebig gemacht hatte, durch Steinwürfe nahezu demolierten, zu Kerkerstrafen von einem Tage bis zu vier Wochen verurteilt. Und nun ist dieser ausgleichenden Gerechtigkeit die Krone aufgesetzt worden. Alle deutschnationalen Demonstranten sind begnadigt. Der Herr Abgeordnete von *Utsch*, *Stranek*, wurde tags vorher vom Ministerpräsidenten „von dem günstigen Ergebnis seiner Intervention amtlich benachrichtigt“, damit er sich seinen Wählern als der mächtige Fürsprecher darstellen könne, und damit nur ja kein Zweifel bleibe, daß die Abtötung im Abgeordnetenhaus auch den Spruch der Gerechtigkeit lenkt.

Was sich in Oesterreich in zivilisierteren Formen der Rechtsbeugung bewegt, das bricht in Ungarn mit der Brutalität roher, blutiger Gewalt hervor. Heute tritt das *Madapeter* Abgeordnetenhaus zusammen, wird sich aber sofort bis zum 5. Oktober vertagen, um den letzten Versuch des Reiches, seinen Handel mit der Krone — wobei die Erlaubnis, die Wahlreform zu verfallenen, der eigentliche Preis ist — zum Abschluß zu bringen. Die Arbeiter von *Budapest* hatten deshalb für gestern abend eine Wahlrechtsdemonstration beschlossen. Die Polizei verbot den Demonstrationszug und konfiszirte das sozialdemokratische Organ *Nepszava*, das gleichwohl die Aufforderung zu demonstrieren, an die Arbeiter ergangen ließ. Alle Mittel der Drohung fruchteten nichts. Die Wahlrechtsversammlung war von Tausenden von Arbeitern besucht, die rings den Platz vor dem Saale füllten, und Besehtausend bezogen dann nach der Versammlung demonstrierend durch die Straßen der Stadt. Zugleich hatte aber die Regierung ein gewaltiges Aufgebot von Polizei nach den Hauptverkehrsadern geschickt. Die Stadt sah aus, als herrsche der Belagerungszustand. An drei Orten wurde die Menge, die infolge des dichten Gedränges nicht rasch vorwärts kommen konnte, von den Schuppleuten überfallen und mit schwarzgeschliffenem Säbel bearbeitet. Sechs Personen wurden schwer, davon zwei tödlich, verwundet. Die Zahl der Leichtverwundeten ist noch nicht bekannt, muß aber sehr groß sein, denn die Freiwillige Rettungsgesellschaft hatte die ganze Nacht zu tun. Die Schuppleute begnügten sich nicht mit den auf der Straße verbliebenen Geldtaten, sie drangten mit gezücktem Säbel in das *Café Meteor* auf dem Elisabethring ein, dem Zusammenkunftsort der Sozialdemokraten, und mißhandelten dort *Kellner* und *Gäste*. Im Lokale wurde der Sekretär der Metallarbeitergewerkschaft *Johann Wancz* am Arme erheblich verletzt. Bis Mitternacht setzte die Ordnungshorde ihr blutiges Wüten fort. ... So wird in Ungarn das „Gejeg“ behütet.

Deutsches Reich.

Der Landtagswahlkampf in Baden.

Der Wahlkampf ist in vollem Gange. Bei der Flugblattverbreitung — bereits 600 000 wurden durch die sozialdemokratische Partei verteilt — stehen unsere Genossen im Gegensatz zu früher auf keinerlei Schwierigkeiten. Auf dem Lande erhalten wir diesmal auch bereitwilliger Lokale zu Versammlungen, abgesehen von den Häusern, in denen sich die Klerikal aus aller Gewohnheit des Kampfmittels der Saalabtreibung bedient.

Das Zentrum bemüht sich vergebens, die Wirkungen der Finanzreform abzuschwächen. Teilweise kommt es in den Zentrumsversammlungen zu tumultuösen Ausbrüchen. Hauptsächlich in den vielen Tabakorten des Landes haben die Zentrumsagitatoren einen schweren Stand, da bis jetzt durch die Tabaksteuer allein in Baden etwa 6000 Arbeiter brotlos geworden sind. Ähnlich geht es den christlichen Gewerkschaftssekretären der anderen Berufe, der Metall- und Textilarbeiter, die den allgemeinen Unmut über das Verhalten der „Christlichen“ beim Streik in Bad Rheinfelden einzudecken müssen. Jetzt will sich das Zentrum damit helfen, daß es die Reichsfinanzreform in seinen Versammlungen überhaupt nicht mehr behandeln läßt. So wurde in einer Versammlung in Esslingen bei Karlsruhe, in der der badische Zentrumsführer *Gräßlicher* Rat *Wader* sprach, ein Arbeiter gleich nach den ersten zwei Sätzen durch den Vorsitzenden am Weiterprechen verhindert, da über die Reichsfinanzreform nicht gesprochen werden dürfe. Das ist das böse Gewissen des Zentrums.